

erschienen täglich, mit Ausnahme
der Tage nach Sonn- u. Feiertagen.
Pränumerationspreis:
in loco:
Halbjährig . . . 10 fl. — fr.
Vierteljährig . . . 5 " — "
Monatlich . . . 2 " 50 "
Wöchentlich . . . 85 "

Hermannstädter Zeitung vereinigt mit dem Siebenbürger Boten.

Inserte
werden in der Administration
dieses Blattes (Wintergasse 9)
angenommen;
ferner bei den Annoncen-Expedi-
tionen: in Budapest: Haasen-
stein & Vogler, A. V. Gold-
berger, in Wien: A. Oppelk,
Haasenstein & Vogler, Rudolf
Mosse, M. Dukes, H. Schallak,
J. Danneberg; in Berlin,
Hamburg, Paris: Haasenstein
& Vogler; in Frankfurt a/M.:
Haasenstein & Vogler, G. L.
Daube & Co.

Insertionspreis:
Der Raum einer einseitigen
Carombzeile kostet beim ein-
maligen Einrücken 7 kr., das
zweite Mal 6 kr., das dritte Mal
5 kr. 3. Abz., incl. der Stempel-
gebühr à 30 lt.

Abonnements-Bureau: In Adria bei J. Hedrich's Erben, Buchhandlung; in Mählab bei Herrn Josef Wagner, Kaufmann; in Klausenburg bei Herrn Johann Steln, Buchbändler; in Sibitz bei Herrn M. Haupt, Buchbändler; in Kronstadt bei Herrn Heinrich Zeidler, Buchbändler; in loco, Unterstadt bei Herrn Ludwig Kurovsky, Kaufmann, Schmieggasse Nr. 17, wofür die Abonnements-Beträge franco erbeten werden.

Nr. 265.

Hermannstadt, Donnerstag den 15. November 1894.

110. Jahrgang.

Schwindjucht der Liga.

Wir haben vor nicht langer Zeit bereits auf Grund mehrseitig aus Bukarest eingelaufener Nachrichten darauf hingewiesen, daß bei der vielbesprochenen „Rumänen-Liga“, welche ausgezogen war, die „unterjochten“ Stammesbrüder in der österröichisch-ungarischen Monarchie, speciell die Rumänen in Ungarn und Siebenbürgen, zu „befreien“, einige ernstere — Leibschmerzen sich eingestellt haben, die der angemaßten Befreier-Mission sehr hinderlich geworden. Die auf ihre politische Reputation achtenden conservativen Elemente in Rumänien haben die Gemeinschaft mit Wieder-
männern à la Urechia fast bekommen und kehren der Liga den Rücken. Im liberal schillernden Kern der Liga selbst ist ein Zwiespalt ausgebrochen, weil ein Theil der Liberalen ganz und gar nicht einverstanden ist mit dem Gebahren der Leitung, das dem Staate Verlegenheiten nach Außen zuziehen müßte. In natürlicher Folge dieser innerlichen Conflicte beginnt nun auch der „nervus rerum“ der Liga sehr dünn zu werden, der Quell aus welchem die Agitation genährt, die Agitatoren — gespeist wurden.

Zu den hier angedeuteten Schwindjuchtsymptomen ist nun noch ein weiteres pathologisches Symptom hinzutreten, welches das Herannahen der Agonie zu künden scheint. Die Organe der rumänischen Opposition reden und schreiben seit etwa dritthalb Wochen her Schwefel und Pech gegen das Ministerium Cialagiu-Lahovary, weil dieses angeblich den Landesverrath begangen hat, bei jenen Pariser Journalen, in welchen die Liga bisher all' ihr Geschimpfe gegen Oesterreich-Ungarn abgelagert, dahin zu wirken, daß dieselben den Geschäftsverkehr mit den legitimen Agenten traktanten stillen. Die Pariser Journale nahmen nämlich nichts mehr auf von den Aufzügen der Liga.

Es kann uns nämlich ganz gleichgültig sein, wie sich das Cabinet Cialagiu gegen diese Insinuation verhalten, die aus dem Lager der Liga hervorbrechende Lada ablenken wird, ob dazu ein gewöhnlicher Refröben genügen oder umfassendere polizeitechnische Vorkehrungen nöthig sein werden. Dagegen interessiert uns die Thatsache weit mehr, daß sich die Bukarester Lügenverschleißer über die Beschränkung ihres Abgabebereiches so bitter beklagen und die Herren Stourdba-Urechia und Compagnie für ihren historisch-politischen Schwindel keine Abnahme in Frankreich mehr finden.

Schon der internationale Friedenscongröß in Haag hat vorigen Sommer den Hausfrieden mit diesem Lügenhund die Thür gewiesen, nun wollen auch die Pariser Redacteure nichts mehr wissen von den sauberen Commis voyageurs. Das ist fatal, aberaus fatal für die Commis, wie für ihre Auftraggeber dort in Bukarest, welche auf diese Weise in Bälde genöthigt sein dürften, ihr breit angelegtes Etablissement zur Erzeugung von historisch-politischer Falschmünze ganz zuzusperrern. Daheim kein Geld zum Betrieb, im Ausland kein Markt für die Waare — da kann die Lügenfabrik unmöglich lange mehr bestehen.

Sehr fatal, wie gesagt für die Unternehmern, aber sehr erfreulich für jeden rechtschaffnen Denker, der in dem Fiaco der Liga den beruhigenden Beweis zu erkennen vermag dafür, daß die Wahrheit schließlich allen Dunst und Nebel der Intrigue siegreich durchbricht. Es hat den Herren Stourdba und Genossen alle Müß' nichts genügt, welche dieselben angewendet, um die öffentliche Meinung zu bethören. Fruchtlos waren alle Anstrengungen,

um die gebildete Welt glauben zu machen, sie, die bekannte Conjurterie, vertrete das Recht des rumänischen Volkes, erstrebe dessen Freiheit gegenüber den „Bedrückern“ in Oesterreich-Ungarn. Kaum ein oder zwei denksaule Wimpel im reactionären Urwald sind den Herren auf den Weim gegangen. In allen erst zu nehmenden politischen Kreisen hat man die sauberen Lockwögel alsbald an ihren Federn erkannt, hat man eingesehen, daß das keine wahren Freiheitsapostel sein können, welche daheim bei sich der religiösen und nationalen Intoleranz schamlosen Schergendienste leisteten.

Aus dem Haag wurden sie längst heimgeschickt, diese anmaßlichsten Apostel, und nun wird ihnen auch in Paris — abgewinkt. Jene heißblütigen Politiker in Budapest, welche vor Kurzem noch nicht übel Luft zeigten, das Hotel des Auswärtigen Amtes am Ballplatz in Wien zu demoliren, weil der Chef dieses Amtes sich durch das Getümmel der „Liga“ nicht wollte aus seiner Gemüthsruhe aufstören lassen, werden nun wohl selber einsehen, wie unbegründet ihre Angst und Wuth gewesen und wie sehr richtig Graf Kalnothy die Urheber jenes Getümmels tagirt hat, indem er sich beharrlich weigerte — auf geschwägiges Spazewolk an der Dimbowa mit Kanonen zu schießen. Wenn der große Schnee kommt, das Futter rar wird, hört das widerliche Gezwitscher dann von selbst auf. Und im ärgsten Falle genügt ein Fliegenwedel, um das lästige Geflügel davonzuschrecken.

Politische Uebersicht.

Hermannstadt, 14. November.

Wie dem „Pesti Hirlap“ aus Wien gemeldet wird, hat Kaiserlich Papay, der Chef der Cabinetskanzlei, am 11. d. über die zur Sanctionierung unterbreiteten drei kirchenpolitischen Gesegentwürfe Sr. Majestät dem König referirt. Die Mittheilung eines Wiener Blattes, wonach in den zur allerhöchsten Sanction unterbreiteten Text ein Schriftfehler eingeschlichen hätte, entspricht, wie amtlich constatirt wurde, überhaupt nicht der Wirklichkeit.

Ueber den gestern abgehaltenen Ministerrath wurden verschiedene unbegründete Gerüchte in Umlauf gebracht, welchen gegenüber nun im „Nemzet“ erklärt wird, daß sich der Ministerrath ausschließlich mit laufenden Angelegenheiten beschäftigte, unter welchen die Ausstellungs-Angelegenheiten des Ackerbau- und Handelsministeriums den größten Theil der Verhandlungsdauer in Anspruch nahmen. „Das Gerücht, so schließt das Communiqué des genannten Blattes, als hätte sich der Ministerrath auch mit der Franz-Rossuth'schen Rundreise befaßt, ist durchaus unbegründet, denn die Rossuth-Fahrt ist keine so bedeutende Sache, daß sie im Ministerrathe überhaupt zur Sprache kommen könnte.“

Am 11. d. Abends zog die Nationalpartei in ihrer, unter dem Vorsitze Arpad Szentivanyi's abgehaltenen Conferenz den Staatsvoranschlag für 1895 in Verathung. Nachdem Ferdinand Poranky den Voranschlag skizzirt und Graf Albert Apponyi, Alös Bedöthy, Cornel Abranyi und mehrere Andere zum Gegenstande gesprochen hatten, beschloß die Partei, das Budget auch im Allgemeinen nicht anzunehmen.

Inoffiziell der Frage, ob Franz Rossuth bei seiner Repatriirung gehalten sei, den Eid der Treue zu leisten, führt das Wiener „Fremdenblatt“ Folgendes aus: „Franz Rossuth, der durch seine Naturalisirung in Italien nicht nur die Rechte, sondern durch den dem König von Italien geleisteten Eid der Treue auch die Pflichten eines italienischen Staatsangehörigen auf sich genommen, ist bis zur Stunde nicht Ungarn und seinem Könige, sondern Italien und seinem Könige zur Unterthanentreue verpflichtet. Unserem lokalen Unterthanenverband stellt sich die Frage

so dar, daß, wenn Franz Rossuth bis heute Italien und seinem Könige zur Unterthanentreue verpflichtet ist, er eine andere Staatsbürgerschaft nicht erwerben oder wiedererlangen kann, ohne seinem neuen Souverän den Eid der Treue geleistet und vermöge desselben sich feierlich dazu bekannt zu haben, daß er fortan dem Könige von Ungarn gegenüber seine Unterthanenpflichten ebenso treu erfüllen werde, wie er dies ohne Zweifel dem Könige von Italien gegenüber bisher gethan hat.“

Von Szegedin aus hat Franz Rossuth das bekannte, von Tokai an ihn gerichtete offene Schreiben folgendermaßen beantwortet:

„Lieber und verehrter Freund! Ich lerne Deinen Namen von Kindheit auf ehren und an jenem Tage, da Du an die Bahre meines Vaters tratest, lernte ich Deine Person lieben. Es wäre mir daher Freude und Belehrgung, mit Dir zu discutiren; trotzdem gestatte mir, daß ich dies bei diesem Anlasse nicht thue. Die Frage, die Du in dem offenen Briefe vorgebracht, mit dem Du mich beehrtest, wird seit mehr als zwei Jahrzehnten von den beiden großen Parteien des Landes discutirt. Auch mein verehrter Vater hat seine Ansicht über diese Frage geäußert. Ich lerne an der Seite meines Vaters Ungar bleiben, mein Vaterland lieben und von ihm lernte ich die ungarischen Verhältnisse kennen! Du, der Du ein Mann des Herzens und des Geistes bist, wirst es natürlich finden, daß Niemand die Lehren eines solchen Meisters aus meiner Seele zu tilgen vermag. Ich bin ein Mann, der sich mit ernstlichen Dingen ernst und kaltblütig zu befassen pflegt. Ich lerne dies in jener Schule des Lebens, wo die demokratischen Staaten die Meister sind. Darüber, was, wann und wie es zu thun sei, kann ich mich irren, allein meine Absichten sind rein und mein Herz ist offen, durchsichtig, wie mein ganzes Leben.“

Ich gehe nicht auf die Suche nach dem Lorbeer aus. Oft verlegt der begehrteste Empfang meine pflichtgemäße Bescheidenheit, wenn ich aber daran denke, daß die Ehrentuse jenem großen Geiste gelten, der mein Leben geleitet hat, bis er von hinnen zog, so pulst mir mein Herz rascher und ich sehe, daß ich richtig daran thue, daß ich bekannt werden will mit dem ungarischen Volke, bevor ich das Gebiet der bürgerlichen Pflichten betrete, ich, der ich 44 Jahre fern von meinem Vaterlande war.

Es ist notwendig, daß ich jenes Land kennen lerne, dessen Interessen zu vertheidigen und zu fördern auch ich berufen sein werde, wenn ich meine Bürgerrechte wieder erlange und mich ein Wahlbezirk dessen würdig hält. Das ist das Recht eines jeden Staatsbürgers, für den Sohn Rossuth's aber ist es, unbekümmert um die Mißverständnisse, eine Pflicht.

Discutiren wir also nicht, verehrter und geliebter alter Freund. Schreiten wir auf den geraden, wenn auch verschiedenen Wegen unserer gewissenhaften Ueberzeugung fort und glaube mir, daß ich stets glücklich sein werde, wenn ich Deine verdienstvolle Rechte drücken kann.

Franz Rossuth.

Zu Beginn der Sitzung des österröichischen Polenclubs verlas der Obmann R. v. Zaleski am 11. d. eine Depesche der Lemberger Genossenschafts-Vorstände an den Polenclub, in welcher über das Verhalten der Polen bei der Trauerkundgebung für den Czaren Alexander III. das Bedauern ausgedrückt wurde. Ritter v. Zaleski gab nun im Club nachstehende Erklärung ab:

„Wie in jedem Falle und in jeder Lage, so haben wir auch in dem Falle, auf welchen sich das eben verlesene Telegramm bezieht, so gehandelt, wie uns das Gewissen und die vernünftige Ueberlegung, die Rücksicht auf das wohlverstandene öffentliche Interesse und die nationale Sache dictirt haben. Dies konnten oder wollten die Unterfertiger des Telegramms nicht verstehen. Es ist diesen Herren als Wählern gestattet, ihrem Abgeordneten ihre Unzufriedenheit oder Anerkennung auszudrücken; es ist ihnen, wie überhaupt der gesammten öffentlichen Meinung, unsere öffentliche und politische Thätigkeit zu kritisiren gestattet — aber sie sind kein Forum, vor welchem der Polenclub die Pflicht hätte, sich über seine Handlungsweise zu rechtfertigen. Deßwegen habe ich das Telegramm des Herrn Memierznowski und Genossen unbeantwortet gelassen.“

Feuilleton.

Der Sternkrug.

Von Adolf Streckfuß.

(28. Fortsetzung.)

„Dann werden Sie schon noch eine Weile brennen müssen, lieber Better, denn entdeckt habe ich noch gar nichts! Nur Vermuthungen, allgemeine Vermuthungen wage ich. Vermuthungen, wie ich geschöpft habe aus der Unterhaltung mit Diejen und Fenen, die jeder festen Grundlage entbehren, und die ich daher weder ausdrücken kann, noch darf. Sobald ich etwas Positives weiß, sind Sie natürlich der Erste, der es erfährt; ich muß ja, um einen Erfolg zu erzielen, vorzugsweise auf Ihre einsichtige Mitwirkung rechnen!“

Der gute Bürgermeister schloß sich unendlich geschmeichelt; er drückte dem Better Steiner warm die Hand und versicherte, daß er ganz zu dessen Diensten stehe; auf Werder's Erörtern erzählte er Alles, was er selbst über die beiden Brüder Heiwald, über Herrn von Scharnau und dessen Auftreten in Beutlingen und Gromberg wußte. Es war nichts Neues, nur eine Wiederholung dessen, was Werder während der vergangenen beiden Tage von verschiedenen anderen Seiten gehört hatte.

Der Bürgermeister bestätigte, daß er selbst bis jetzt die gegen die beiden Brüder Heiwald schwebenden Gerüchte nur für falsche und böswillig verbreitete Lügen gehalten, und daß er sich nach Kräften bemüht habe, ihnen entgegenzutreten. Seit dem Verschwinden des Herrn von Scharnau aber sei auch er irre an seinem früheren Glauben geworden. Er könne nicht umhin, zuzugeben, daß ein schwerer Verdacht auf Herrn von Heiwald ruhe, der aber dennoch kaum genügend sei, um die Einleitung einer Untersuchung zu rechtfertigen.

Er habe aus diesem Grunde auch nicht gewagt, irgendwie vorzugehen, obwohl Vater Gramwald vom Steinerkrug ihn deshalb der Bosheit, ja der

Parteinahme für die Brüder Heiwald in einer persönlichen Unterredung geradezu beschuldigt habe. Der alte biedere Gramwald könne nicht begreifen, daß man solche Schöpfung über, da doch die ganze Gegend und vor Allem auch der Sternkrug unter der Furcht leide, welche das Verschwinden des Herrn von Scharnau von Neuem erweckt habe.

„Hat Vater Gramwald Herrn von Heiwald direct beschuldigt?“ fragte Werner.

„Direct, nein! Aber er hat so deutlich, wie möglich ausgesprochen und sogar hinzugefügt, er werde mit den beiden Heiwalds jede Geschäfts-
verbindung abbrechen, aus der könne doch nichts Gutes herauskommen.“

„Wann hat er das gesagt?“

„Zwei oder drei Tage nach dem Verschwinden des Herrn von Scharnau.“

„Dann hat er sein Wort schlecht gehalten, denn ich weiß, daß er seitdem noch mehrfach mit den beiden Brüdern verkehrt hat. Er wird sich inzwischen wohl eines Besseren besonnen, vielleicht eingesehen haben, daß sein Verdacht voreilig ist. Jedensfalls dürfen wir nichts laut werden lassen, wodurch die Meinung verbreitet wird, es liege gegen Herrn von Heiwald irgend etwas Ernstliches vor. Ich kann mich wohl auf Ihre Discretion verlassen, Better?“

„Sicher, Herr Better, ganz wie Sie befehlen!“

„Nun noch eine Bitte. Ich werde jetzt in meinen Gasthof zurückkehren und einen Bericht über meine bisherigen Nachforschungen an den Herrn Polizei-Director in M** schreiben, ich werde selbstverständlich nicht ermangeln, Ihres Eifers rühmend zu erwähnen. Es liegt mir daran, daß der Bericht noch heute Nacht nach der Station Weidenhagen kommt, damit er mit dem Nachtzuge befördert werden kann. Sie haben wohl die Güte, ihn durch einen reitenden Boten befördern zu lassen?“

„Ich werde sofort den Befehl geben, daß einer der Polizeidiener sich reisefertig mache.“

„Vortrefflich, Herr Better, ich danke Ihnen und werde Ihre große Bereitwilligkeit nicht zu erwähnen vergessen. Morgen früh fahre ich selbst nach der Station Weidenhagen. Ich erwarte dort einen von M** kommenden Bekannten, einen Naturforscher, der hier in Simpsen und Wäldern Pflanzen

und Ungeziefer, Schmetterlinge, Käfer, Schlangen u. s. w. suchen will. Er wird wahrscheinlich im Sternkrug seinen Aufenthalt für einige Zeit nehmen. Ich darf wohl darauf rechnen, daß er von den Polizeidienern aus Beutlingen von den Gendarmen nicht weiter nach Paß u. s. w. gefragt wird. Ich stehe für den Mann ein, er ist ein guter Bekannter von mir; dies aber muß, beiläufig gesagt, unter uns bleiben!“

„Ich verstehe, Herr Better! Soll Alles bestens besorgt werden!“
Werder hatte seinen ersten officiellen Besuch in Beutlingen glücklich zu Ende gebracht, sein Zweck war erreicht, er kehrte daher nach seinem Gasthof zurück, um den wichtigen Bericht über seine bisherige Thätigkeit an seine vorgelegte Behörde zu schreiben.

Er erzählte in diesem Bericht zuerst mit einfachen Worten, ohne eine Schlußfolgerung daran zu knüpfen, was er gehört und erlebt hatte: die Erzählungen Brauns', der Kaufleute in Weidenhagen, des Herrn von Willbrand, des Vater Gramwald, sein nächstliches Abenteuer mit dem alten Friedrich Grunzig, seinen Besuch beim Senator, seine Entdeckung im Walde, endlich seinen Besuch in Gromberg und beim Bürgermeister Warmier. Der kurzen und gedrängten Erzählung fügte Werder in dem Berichte eine Darstellung der Schlußfolgerungen bei, welche seiner Ansicht nach aus den Thatsachen zu ziehen seien. Er sagte: „Ich war anfangs der Ansicht, Herr von Heiwald habe im Sternkrug seinem Ratscher den Befehl gegeben, mich im Wald zum Aussteigen zu nöthigen, mich dann zu überfallen, zu ermorden und zu berauben; zu diesem Zwecke habe er Friedrich befohlen, sein Weid zu gebrauchen und ihn zu der That durch die Mittheilung, daß ich viel Geld bei mir trüge, gereizt. Die Thatsachen schienen meine Ansicht zu bestätigen. Die wenigen Worte, welche ich von dem Gespräch zwischen Herrn von Heiwald und Friedrich erlauscht hatte, das Verhalten Friedrich's unterwegs, die Wahrnehmung, daß wahrscheinlich ein Genosse Friedrich's, ich glaube Herr von Heiwald selbst, hinter der Fichte am Wege versteckt schien, Friedrich's mörderische Drohung mit dem Weid, sprachen, wie es mir schien, deutlich für meine Annahme, zu der ich umso leichter verführt wurde, als ich absichtlich, um einen Angriff auf mich herbeizuführen, Herrn Heiwald in der Herrenstube des Sternkruges den reichen Inhalt meiner

Die bereits vollzogenen und, wie es heißt, noch bevorstehenden Veränderungen im preussischen Staatsministerium machen in Deutschland großes Aufsehen. Namentlich die Ernennung des agrarconservativen Freiherrn v. Hammerstein-Logten zum preussischen Landwirtschaftsminister wird vielfach besprochen. Aus Berlin wird darüber unterm 11. d. gemeldet:

Der neue Landwirtschaftsminister Freiherr v. Hammerstein-Logten ist zwar extrem agrarisch, aber trotzdem den altpreussischen und ostelbischen Junkern keineswegs durchaus genehm. Er war bisher auch Vorsitzender des niedersächsischen Canalvereins und als solcher einer der eifrigsten Vorkämpfer umfassender Canalbauten, denen die Conservativen des Abgeordnetenhauses beifällig durch die Verwerfung der Vorlage über den Dortmund-Rhein Canal in der vorigen Session einen tendenziösen Widerstand leisteten. — Die „Nationalzeitung“ betont die Thatsache, daß Hammerstein speciell dem altpreussischen Conservatismus nicht angehört, daß er als Sohn des Nordwestens, wo der bäuerliche Hofbesitzer eine charakteristische Figur der Landwirtschaft ist, diese vermutlich nicht so einseitig, wie etwa Graf Kanitz oder Mirbach, von den Gesichtspunkten des ostelbischen Großgrundbesitzers aus betrachtet. — Die „Post“ sagt im Hinblick auf Hammerstein's agrarische Vergangenheit: „Die Zeit der Handelsverträge wurde namentlich auch von deren Gegner als eine politisch und wirtschaftlich abgeschlossene Periode betrachtet. Die energische, planmäßige Agrarpolitik, wie sie von Hammerstein zu erwarten sei, sei gewissermaßen eine notwendige Consequenz der Handelsvertragspolitik.“ — Viel Staub wirbelt ferner das Gerücht auf, daß Herr Göring, Chef der Reichskasse unter dem Grafen Caprivi, weder in Pension zu gehen, noch eine andere Stellung von gleichem Range und Gehalt anzunehmen gewillt sei, vielmehr auf gerichtliche Entscheidung es antommen lassen wolle, wenn man gegen ihn das Verlangen der zwangsweisen Pensionierung einleiten sollte.

„Daily News“ melden aus Konstantinopel: Kürzlich wurden im Bezirk Saffon, unweit Aisch, fünfundzwanzig armenische Dorfer von türkischen Truppen zerstört, dreitausend Menschen, darunter Frauen und Kinder, niedergemetzelt. Reisende Kaufleute besitzenden die Missethäter. Während die türkischen Behörden behaupten, es handelte sich nur um Unterdrückung eines kleinen Aufstandes seitens der Armenier, welche die Steuerzahlung verweigerten, lautet eine andere Version, welche den meisten Glaubenden findet, dahin, daß gewisse Dorfer von den Kurden in Abwesenheit der Männer geplündert worden seien, daß die Männer bald darauf ihr Eigenthum zurückzubekommen, worauf die Truppen gegen sie abgeendet wurden, welche die Dorfer erbarmungslos angriffen.

Unter dem 12. d. wird aus London gemeldet: Einer Depesche der hiesigen Abendblätter aus Shanghai vom heutigen zufolge, überbrachte ein dortselbst aus Choofo eingelangtes Telegramm die Nachricht, daß die Japaner Port-Arthur gestern früh fast ohne jeden Widerstand einnahmen. Als die Japaner — heißt es in dem Telegramm weiter — nachdem sie das Fort beschoßen hatten, zum allgemeinen Sturmangriff schritten, legten die Chinesen die Waffen nieder und ergaben sich. Es wird berichtet, daß der chinesische General mit seinem Stab und den übrigen höheren Officieren das Fort in der Nacht vom 6. d. verließen und sich auf einem Dampfer flüchteten.

Der amerikanische Gesandte in Tokio übermittelte der japanischen Regierung eine Depesche des Staatssecretärs Gresham, wonach Präsident Cleveland für den Fall, als sich Japan dem Eruchen Chinas um Vermittlung der Vereinigten Staaten angeschlossen, bereit wäre, seine guten Dienste zur Verfügung zu stellen.

Aus dem Reichstage.

Budapest, 12. November.

Das Abgeordnetenhaus ging heute in aller Stille in die Budgetdebatte ein. Sämmtliche Parteien schienen derselben den gleichen für das Budget selbst höchst schmerzhaften Mangel an Interesse entgegenzubringen, denn alle Theile des Hauses waren gleich schwach besetzt, die Galerien aber fast leer. Allein die wenigen Anwesenden folgten mit großer Aufmerksamkeit den Ausführungen Alexander Hegedüs', der zum fundametalen Male die Budgetdebatte in Vertretung des Finanz-Ausschusses eröffnete. Der Ausschuss-Referent wies, die volkswirtschaftliche Entwicklung beleuchtend, unter lebhafter Zustimmung der Rechten, einerseits auf den bedeutenden Antheil hin, welchen die einschlägigen Inventionen an der Hebung der Volkswirtschaft hatten, andererseits aber auf die Nothwendigkeit der Vereinigung der Reformen, deren Discussion allein Gegenstand der allgemeinen Debatte bilden dürfe. — Namens der äußersten Linken begründete Hofias Molnar nach einer eingehenden Kritik des einzuführenden Spiritus-Verkaufsmonopols folgenden Beschlus Antrag:

In Anbetracht dessen, daß das 1895er Budget die finanziellen Hilfsmittel zur Fortführung der unrichtigen staatsrechtlichen Politik der gegenwärtigen Regierung bietet, in Anbetracht dessen, daß die bisher befolgte staatsrechtliche und die in Verbindung damit befolgte volkswirtschaftliche Politik zur Verderbnis der materiellen Interessen des Landes geführt hat, indem sie keine starke und selbstständige Industrie schuf, die Landwirtschaft aber von der Krise nicht zu bewahren vermag, in Anbetracht dessen, daß

Briefstapel hatte sehen lassen. Genauere Forschungen und ernstere Nachdenken haben mich inzwischen überzeugt, daß meine Annahme eine irrige, von Anfang bis zu Ende auf einer Einbildung beruhende gewesen ist. Welche Deutung ich den aus dem Gespräch zwischen Herrn von Heimwald und Friedrich erlauteten Worten geben soll, weiß ich noch nicht, aber ich weiß, daß die Deutung, welche ich ihnen früher gegeben habe, eine falsche gewesen ist. Herr von Heimwald hat nicht hinter der Fichte gestanden, ich hätte sonst notwendige Spuren im hohen Grase finden müssen. Friedrich ist allein gewesen und gelächelt. Er hat von seinem Herrn den Befehl erhalten, mich im hohen Sande zum Verlassen des Wagens aufzufordern, damit die Pferde geschont würden; er hat diesen Befehl mit der ihm eigenen Brutalität ausgeführt und sich endlich mit dem Weil bewaffnet, nicht um mich anzugreifen, sondern um sich selbst vor dem von mir befürchteten Angriff zu schützen.

Diese Deutung hätte ich schon unmittelbar nach dem nächsten Abenteuer diesem geben müssen, wäre ich nicht, ich kann nicht umhin, dies zuzugeben, durch die angestrengten, den ganzen Tag über fortgesetzten Nachforschungen in einer das gesunde, ruhige Urtheil trübenden geistigen Aufregung gewesen. Es liegt klar auf der Hand, daß Herr von Heimwald, der genau weiß, daß man ihn in der ganzen Gegend für den Mörder des Herrn von Scharnau hält, sicherlich im gegenwärtigen Augenblick nicht seinem Ratscher den Befehl geben wird, einen Fremden, der seinen eigenen Wagen benutzt, zu berauben und zu erschlagen. Die Entdeckung hätte ja der That auf dem Fuße folgen müssen. Ich habe mich während meines Besuchs in Gromberg vollkommen von der Unhaltbarkeit meines ersten Verdachtes überzeugt. Herr von Heimwald weiß nicht einmal, daß es einen Conflict zwischen mir und seinem Ratscher gegeben hat. Der alte Friedrich ist klug genug gewesen, von demselben zu Hause gar nichts zu erwähnen.

Bersäht somit mein ursprünglicher Glaube, Herr von Heimwald habe einen Angriff gegen mich befohlen, in sich selbst, so bestätigt sich dagegen mein Verdacht, daß er ein Theilnehmer oder der Urheber des Mordes sei, mehr und mehr.

Bräun will zuerst die Frage, ob Herr von Scharnau überhaupt todt oder ob er vielleicht, wie das Fräulein von Heimwald glaubt, noch am Leben ist und sich verstreut hält, um den Verdacht seines Mordes gegen Herrn von Heimwald zu verbreiten. (Fortsetzung folgt.)

auch die allgemeine Politik der gegenwärtigen Regierung keine beruhigende ist, ob wir nun die nationale Entwicklung des ungarischen Staates oder das der Armee und den Nationalitäten gegenüber besetzte Verhältnisse betrachten, in Anbetracht dessen, daß wir demzufolge kein Vertrauen zur Regierung hegen können: möge das Abgeordnetenhaus ausprechen, daß es das 1895er Staatsbudget auch im Allgemeinen nicht annimmt.“

Namens der Nationalpartei sprach, wie gewöhnlich, Goranffy, der die Debatte aufstellte, Ungarns Finanzen seien bei einem Punkte angelangt, wo alle bisherigen Erfolge — bei nicht gehöriger Vorsicht — wieder auf's Spiel gesetzt würden. Die regelmäßigen Ueberflüsse müßten eine Entlastung des steuerzahlenden Publicums, jedenfalls aber eine reellere Budgetierung veranlassen. Redner führte die Einnahmeposten an, welche in Zukunft eine Abnahme erwarten lassen und dem gegenüber die neuen Anforderungen, welche an den Staatshaushalt herantreten, zu deren Befriedigung keine neuen Einnahmequellen zur Verfügung stehen. Angesichts dieser Lage müsse er seine warnende Stimme erheben gegen eine Finanzpolitik, welche heute noch correctirbar sei, aber lange nicht mehr fortgesetzt werden dürfe. Am Schlusse seiner andertthalbhündigen Rede schloß er auch die mißliche allgemeine Lage, wobei er die Regierung auch der Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Interessen ziele, deren Vertretung von der regierungsfreundlichen Presse im gehässigen Lichte dargestellt werde. Die Opposition, welche sich bisher ganz apathisch verhalten, fuhr auf einmal wie elektrisirt auf und begleitete den Redner mit stürmischen Zustimmungskundgebungen. Dann machte Redner die Regierung auch für die Entartung der Nationalitätenbewegung verantwortlich und reichte endlich einen Beschlus Antrag ein, um sich das Schlußwort zu sichern. Die Opposition zeigte sich sehr begeistert und erzwang auch eine fünf Minuten lange Reservecapitulation.

Nachdem diese verfrühten, sprach Friedrich Schreiber. (Siehe weiter unten d. Red.)

Um 1 Uhr wurde die Fortsetzung der Debatte auf morgen vertagt. Borgemerkt blieben heute nur noch Bujanovics und Graf Alexander Karolyi, Beide selbstverständlich „gegen“.

Die allgemeine Debatte dürfte somit in der kürzesten Frist bewältigt werden.

Rede des Hermannstädter Reichstagsabgeordneten Friedrich Schreiber.

(Gehalten in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 12. November l. J.)

Gehrtes Haus! (Hört!) Die parlamentarische Situation ist eine solche, daß auch ein bescheidenes Mitglied des Hauses, welches sonst Nichtung und Führung der Verhandlungen lieber nur solchen überlassen möchte, deren Worten das Gewicht der Persönlichkeit Wirklichkeit verleiht, in sich einen Antriebspunkt, gelegentlich der Budgetdebatte zu sprechen und ich hoffe freundliche Nachsicht, wenn ich mein Wort kurz und die mit meinem angesehenen Vordredner nötige Polemik einer kräftigeren Hand überlassend, begründe. (Hört!)

Inhalt, Zusammenstellung und die auf Verwirklichung von vielerlei beliebten Ideen sich erstreckende Ausdehnung des Budgets wird wenig ernstes Angriffs ausgesetzt sein. Aber die Annahme oder Nichtannahme des Budgets hängt, wie bekannt, nicht nur vom inneren Werth des Voranschlags, sondern davon ab, ob das Parlament das denselben vorliegende Cabinet damit betrauen will, damit zu regieren. Ich nehme das Budget zur Grundlage der Specialberatung eben deswegen an, weil die Regierung, die es vorlegte, die Partei, welche die Regierung unterstützt, entschieden auf dem Standpunkte des 1867-er Ausgleichs stehen und für eine erfolgreiche Vertheidigung desselben Garantien bietet, den ich im wahren Interesse unseres Staates und Vaterlandes unverkümmert aufrechterhalten wünsche. Der 1867-er Ausgleich hat sich als alleinige und gültige Grundbedingung der bisherigen staatlichen Entwicklung bewährt; einer Entwicklung, deren Resultate Jedermann sieht und welche die in den sehr schätzbaren Berichten der Fachminister enthaltene instructive Statistik illustriert. Wenn ich z. B. aus dem letzten erschienenen dicken Band heraushebe, daß der Verkehr in Postanweisungen und Postnachnahme im Jahre 1868 nicht volle 8 Millionen und im Jahre 1893 mehr als 428 Millionen Gulden ausmacht, welche ein lebendiges Licht wirft dies auf unsere wirtschaftliche Entwicklung! (Zustimmung.) Ich leugne nicht, daß wenn wir die materielle Lage der dem Staate gegenübergestellten Bevölkerung unteruchen, ein keineswegs des Schattens entbehrendes Bild sich vor uns aufrollt; daß das Gleichgewicht im Staatshaushalte mit enormer Anspannung der Steuerkraft erreicht wurde, daß viel Fortschritt zu sehr beeinträchtigt worden ist, daß namentlich auf die von der Wirklichkeit der Regierung und des Publicums größtentheils unabhängig durch unglückliche Wendungen des internationalen Verkehrs hervorgerufenen und nicht abwendbaren Schädigungen vielleicht zu wenig Bedacht genommen wurde. Aber es ist wohl zu bemerken, daß das um die erreichten Resultate erworbene Verdienst der Regierung nicht abgestritten werden kann; die Opferwilligkeit der Nation kommt ohne Initiative ihrer Führer nicht zum Ausdruck, die großartige Entfaltung ihrer Kraft muß fruchtbar gemacht werden. (Beifall.) Uebrigens habe ich den aufrichtigen Wunsch, es möge der Sparmann Eduard Fiedony's, unseres eifrigsten Genossen, wenigstens in Zukunft sich auf die Regierung und das geehrte Haus niederlassen.

Der Schatten, den ich erwähnt, stammt indeß nicht aus dem 1867-er Ausgleich, welcher den Fortschritt aus eigener Kraft nicht unterbindet und insoweit er Schranken setzt, nur den Ansprüchen des anderen vertraglich-schließenden Theiles in gerechter Weise Rücksicht trägt. Deshalb kann ich jenen Vorgang nicht gutheißen, welcher gewisse beliebte Forderungen als in den Rahmen des Ausgleichs hineinpassend bezeichnet, aber dann auch angeht die Wahrheitsliebe, daß die diesjährigen Vorkosten von Erschütterungen des durch das Ausgleichsvertrag geschaffenen Zustandes begleitet sind, dennoch denselben solche Wichtigkeit beilegt, daß die Existenzberechtigung einer besonderen Partei darauf gebaut wird. Ich stehe mit der Ansicht nicht allein, daß dieser Vorgang geeignet ist, die staatsrechtliche Opposition zu stärken.

Die Bedeutung dieser jetzt erwähnten Partei gering zu schätzen, wäre sehr unrichtig. Mit dem, was kürzlich in ihrem Interesse geschehen, will ich mich ausführlich nicht befassen. Andere sind hierzu mehr berufen. Aber der Verührung der einmal actual gewordenen Frage will ich nicht so weit ausweichen, daß ich mir nicht eine kurze Bemerkung erlaube; nicht zum Veritum der Frage. Zu dem, was hierüber in der Presse gesagt worden, habe ich nichts beizufügen. Aber die äußere Erscheinung der Bewegung ist, wenn sie ohne Gegengewicht bleibt, geeignet, das Ausland an den oft erwähnten Ausspruch von Aeneas Sylvius: impatiens jugi, incapax libertatis, zu erinnern, und ist solcher Natur, daß die thörichte Paralyse mit Vergnügen zu begrüßen ist, welche ich nicht als Decadence des Gemeingeistes, sondern als Herantreiben und Ausbreitung der düsteren Auffassung ansehe.

Auch deswegen nehme ich das Budget an, weil ich gern glaube, daß die geehrte Regierung, sobald die Budgetdebatte mit Stärkung der Stellung derselben beendet werden, die Befähigung und den Muth bekommen wird, an das bevorstehende große Werk der Verwaltungsreform mit Erfolg zu gehen. Die Grenzlinie zwischen dem mächtig bahnbrechenden Bedürfnisse und der durch Leidenschaft zu Uebertreibungen geführten Strömung der Geister ist schmal, und ich gehe, sie nicht leicht zu erkennen. Aber sie zu erkennen und darnach zu handeln, ist die Aufgabe des Staatsmannes und seine dankbarste Rolle. (Hört!)

Es möge mir gestattet sein, im Verfolge dieses Gedankens einer individuellen Ansicht über den allgemeinen Charakter der Reform Ausdruck zu geben. In den Culturländern stehen sich seit geraumer Zeit die Wort-

führer der Centralisation und Decentralisation gegenüber. Die letzten Jahrzehnte haben die Reichen der Ersteren geliebt. Bei uns hat die Centralisation immer mehr Raum erobert, eingefandenermaßen nicht nur wegen der Vorteile des Symptens, sondern als Mittel zur Erreichung von Lieblingszielen. Je mehr der Reich von der Wichtigkeit und Heilsamkeit seiner Zwecke durchdrungen ist, desto größeren Wirkungsbereich wünscht er sich zu deren Realisirung. Das ist natürlich. Aber bei Beurtheilung der Zwecke spielt nicht nur der Verstand, sondern auch das Gefühl mit, was ebenfalls natürlich ist. Und deshalb ist nicht überflüssig, darauf hinzuweisen, daß es wünschenswerth sei, es möge die Neigung, zu centralisiren, bei der Verwaltungsreform nur bis zu jenem Maße befristigt werden, welches das zweifelhafte Interesse des Wohlergehens sämmtlicher Bewohner des Vaterlandes fordert.

Vom schwersten Werke, von der richtigen Organisirung der Jurisdictionen spreche ich nicht, da läßt sich mit ein paar allgemeinen Worten die Sache nicht abthun und diesmal beschränke ich mich auf die Bemerkung: der Standpunkt ist ein falscher, welcher die durch Ueberreifer einzelner Beamten in sonst ordentlich vorgehenden Comitaten hervorgerufene Beunruhigung als Ausgangspunkt annimmt.

Aber bezüglich der so oft erwähnten und in der Praxis so oft verletzten Gemeinde-Autonomie läßt sich ein principieller Standpunkt andeuten, und nach dem, was die Erfahrung sagt, ist es nicht überflüssig, denselben anzudeuten.

Gehrtes Haus! Die Gemeinde-Autonomie, wenn wir sie so organisiren, daß sie in den Betreffenden warmes Interesse an den Gemeinde-Angelegenheiten weckt, sichert die wirkliche practische Freiheit; wenn wir aber die Gemeinde-Angelegenheiten Staats-Beamten übertragen und neben dieselben das Schattenbild eines Gemeindevorsteheres stellen, so entsteht statt Gemeingeist Gleichgültigkeit und Aneignung gegen die Theilnahme an jedweder Gemeindebede. In brauche nicht nach Ausland zu gehen, um auf die dortige Städteverordnung hinzuweisen, welche bezüglich der Vermögensverwaltung der Polizei und zahlreicher Institute, die besser sachmäßig manipulirt würden, der Stadt einen weiten, fast ganz unabhängigen Wirkungsbereich einräumt, ich brauche nicht die Gemeinde-Organisation der civilisirten Staaten zu citiren, der Text unserer eigenen Gesetze zeigt, daß auch wir für eine gesunde Autonomie zu sorgen bestrebt waren. Aber daneben haben wir das Einmischungrecht der Regierung in allen feinen Details zu sehr gepflegt, fast so wie ein Hofdecret aus der Zeit der Maria Theresia, welches den Recurs an die Hofkanzlei auf wenige taxativ aufgezählte Fälle beschränkte, aber am Ende sagte: et in omnibus casibus denegatas justitiae. Wohin auf diese Art sich die Praxis entwickelt, diesbezüglich diene ich mit einer Kleinigkeit, die aber bezeichnend ist. Es war in einer Stadt ein Rauchfangkehrer, bei dessen Nachlässigkeit in mehreren Fällen nur das Ungefahr vor Kaminbränden bebüht hatte. Nachdem Beschwerden, Ermahnungen und Geldstrafen nicht gesuchtet, entzog man ihm die Concession. Aber das Ministerium cassirte den Bescheid. Möchte es nun einen Formfehler gefunden oder im Falle eine Verfolgung gesehen haben, genug, es cassirte ihn. Ob der Mann seither sich gebessert, weiß ich nicht, wenn aber ein Rückfall nachgenommen werden sollte, wer wird für die eventuellen Brandverluste entschädigen? In der That, wenn nicht einmal soviel Selbstständigkeit zugestanden ward, wie sehr schrumpft da die Autonomie zusammen, wo ist dafür gesorgt, daß in den autonomen Organen der Sinn für Selbstregierung lebendig werde?

Dehwegen bitte ich die geehrte Regierung, sie möge dem Hause eine solche Vorlage machen, welche geeignet sei, das Problem der Gemeinde-Autonomie durch klare Scheidung zwischen staatlichen und Gemeinde-Ämtern, durch mögliche Unabhängigkeit der Selbstregierung in den letzteren und namentlich durch autonome Handhabung der Ortspolizei zu lösen; denn die übertriebene Biregierung erodirt den Gemeingeist, während sie um einige sporadisch auftretende Fälle von Ungerechtigkeit jamiren zu können, die staatliche Omnipotenz erhebt.

Dieses zu erwähnen, habe ich nicht für unzeitgemäß gehalten und wiederholend, daß mir der staatsrechtliche Standpunkt der entscheidende ist, und daß ich von der jetzigen Regierung eine spärliche Durchführung des selben erwarte, nehme ich das Budget an. (Zustimmung.)

Vocal- und Tagesnachrichten.

Hermannstadt, 14. November.

(Ordnungsverleihungen.) Seine k. und apostolisch k. Majestät geruhten allergnädigst dem FML. Julius Hild, Commandanten des Kaiserlichen VI. und dem FML. Johann Böckay, Commandanten des Budapest. I. Honvéd-Regiments das Ritterkreuz des Leopoldordens, ferner dem Obersten Josef Löth, Commandanten des Preßburger 13. Honvéd-Regiments des Eisernen Kronenordens 3. Cl. tagelich zu verleihen. (Personalnachricht.) Se. Excellenz Corporecommandant FML. v. Galgoczky ist heute von Wien, wo er am 8. d. den Eid als geheimer Rath in die Hände Sr. Majestät ablegte, hier eingetroffen.

(Kundmachung.) Der Municipal-Ausschuß des Hermannstädter Comitales hat in der am 1. October l. J. abgehaltenen General-Versammlung unter Protocoll-Nr. 344 auf Grund des §. 34, Punct 2 des Gesetz-Artikels XXI ex 1886, beschloffen, es seien die in Erledigung gekommenen Stellen derjenigen der Wahl unterliegenden Mitglieder, welche in der Zwischenzeit ausgefallen, am 19. November l. J. durch Wahl zu besetzen. Dieses wird mit dem Besügen verlaubar, daß 1. das pro 1895 richtiggestellte Verzeichniß der Wählenden, das Verzeichniß der gewählten Mitglieder, sowie das Verzeichniß der ausfallenden Mitglieder in den Amtsalocalitäten der beiden Stadtmagistrate, sowie der betreffenden Gemeinden aufliegen und dort eingesehen werden können; 2. die Wahl formenmaßen bemerktheltig wird: a) in dem I. Wahlkreise der Stadt Hermannstadt ist 1 Ausschussmitglied zu wählen. — Wahlpräses: Josef Drotsch, Magistratsrath, Substitut: Franz Zimmermann. Wahlort: Der städtische Communitäts-Sitzungsaal; b) in dem Wahlbezirk des Mühlbacher Stuhlsrichterbezirks ist 1 Ausschussmitglied zu wählen. — Wahlpräses: Christian Wöfel, Pfarrer, Substitut: Johann Onicescu, Notar. Wahlort: Die Kanzlei des Mühlbacher Stuhlsrichteramtes; c) in dem Leschkircher Wahlbezirk ist 1 Ausschussmitglied zu wählen. — Wahlpräses: Josef Schullerus, Pfarrer, Substitut: Karl Brandtsch, Pfarrer. Wahlort: Die Kanzlei des Leschkircher Stuhlsrichteramtes; 3. das active und passive Wahlrecht besitzen diejenigen, welche in den für das Jahr 1892 gültigen Reichstagswählerlisten aufgenommen sind; 4. die Wähler sind berechtigt, vor Beginn der Wahl dem Wahlpräses auf Grund des §. 38 des XXI. G.-A. : 1886 4 Vertrauensmänner beizugeben; 5. die Wahl wird im Sinne des §. 39 des XXI. G.-A. ex 1886 an dem oben bezeichneten Tage, früh 9 Uhr, begonnen und am selben Tage, Nachmittags 4 Uhr, geschlossen; 6. zur Orientierung wird weiters bekannt gegeben, daß a) zum Mühlbacher Wahlbezirk die Gemeinden: Deal, Rakoviga, Kapolna, Kelling, Langendorf, Paz, Loman, Oberpian, Petersdorf, Reho, Refita, Sebeschell, Sugon, Soghsior, Unterpian, Strugar, Sima und Räsich gehören; b) zum Leschkircher Wahlbezirk die Gemeinden: Alzen, Bägendorf, Burgberg, Tulenbach, Stimbold, Hochfeld, Holzmengen, Kirchberg, Kornezell, Leschkirch, Marpod, Nucset, Schafenhäuser, Szoladat und Zigenthal gehören.

(Lieferung von Menage-Artikeln.) Die k. und k. Garnisons-Menage-Commission in Hermannstadt beabsichtigt, die Lieferung diverser Menage-Artikel für das Jahr 1895 im Concurrenzwege zu vergeben und fordert zur Einreichung schriftlicher Offerte bis 5. December l. J. auf. Die Specificirung der zu liefernden Menage-Artikel, die Höhe des Reugeldes für die einzelnen

Partien, des heutigen merkmal

hiesigen k. richtspruch eine Petition richtet. — ihres anst. mittelpreis

Jahrmacht entfällt.

des Udba wurden da Gemeinbe Büffel a

gemeinsame Eiferen S in Budape Publicum nicht keine nehmen, u Directors Autographie Exemplare

zwischen den seit Jahren deren Eint sich vindict trägt. Die sorgfester Candidation Unterrichts erklärt, da auf Grund die kirchlich „Bud. Gic nicht nachg

schreibt ma Personenzu gebracht, w wächter ben beiden Sta stehen und Zug langla und die Un wurde. W Auslage ja Der Zug f

vom 12. richtete der pelation, i städtischen Staatspoliz die Nachricht behufe Einzuladen.

(E flüchtigen D überliefer, 500 fl. Fra Ugram flüch

(E tritt Baron Thatsache ist von einer Vater des E seinem Tefla taufen lassen für wohlthät werden: 40 Unterrchied ist 25,000 fl.

(E Wiener Mac Major Bo e flüchtig gene längliches G

(E Gestern Mac anstalt geb welter-Explo Die Expositio Richtung me der Schacht s selbe abriß.

rtlichen 14 befristeten n Zeichen ist den Verungl hinterlassen. die Ursache d Katastrophe v vom Bezirk geflohenen in dem Blu 18 Kinder h arbeiter leich beerdigt. S stätte durch 3

— muthmaß Deute erdie Unterzuchung. Ruhe ist ung

(3 ruine) hat

